

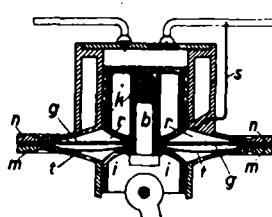
Patentberichte über chemisch-technische Apparate.

I. Wärme- und Kraftwirtschaft.

5. Kältemaschinen, Kühlanlagen.

Platen-Munters Refrigerating System Aktiebolag, Stockholm. Absorptionskältemaschine mit einem durch Verdampfer und Absorber umlaufenden, den absoluten Druck in allen Teilen der Maschine nahezu ausgleichenden Hilfsmittel, 1. gek. durch einen Kondensator im Kreislauf des Hilfsmittels. — 2. gek. durch Anordnung des Kondensators in solcher Höhe über dem Verdampfer, daß ein geringer Überdruck in dem letzteren auftritt, der genügt, um die im Verdampfer entwickelten Gase durch die Absorptionsflüssigkeit im Absorber zu drücken. — 3. Absorptionskältemaschine, deren Kocher und Absorber zu einem Kreislaufsystem für die Absorptionsflüssigkeit verbunden sind, dad. gek., daß die Bewegung der Absorptionsflüssigkeit im Kreislauf durch die den Absorber durchströmenden Gase bewirkt wird. — Die Erfindung besteht darin, daß das Hilfsmittel, ebenso wie das Kältemittel, einen vollständigen Verdichtungs- und Verdampfungsprozeß durchläuft. Das Hilfsmittel wird vor dem Eintritt in den Verdampfer verflüssigt, und die Mischung von Hilfs- und Kältemittel wird im Verdampfer wieder verdampft. Die Trennung des Hilfsmittels aus dem Gasgemisch findet dadurch statt, daß das Kältemittel von der Absorptionsflüssigkeit absorbiert wird, während das in der Absorptionsflüssigkeit unlösliche oder schwerlösliche Hilfsmittel zu einem zwischen dem Absorber und dem Verdampfer eingeschalteten Kondensator geleitet wird, in dem es gleichfalls kondensiert wird. Das Hilfsmittel durchläuft derart einen Kreislaufprozeß, ähnlich demjenigen eines gewöhnlichen Kompressorsystems, und wirkt auch gleichzeitig als Kältemittel, indem es im Verdampfer unter Aufnahme von Wärme aus der Umgebung verdampft, wodurch die Kälteleistung entsprechend erhöht wird. Als Beispiel eines Stoffes, der bei Verwendung von Ammoniak als Kältemittel diese Bedingungen erfüllt, kann Propan erwähnt werden. Weitere Anspr. u. Zeichn. (D. R. P. 410 716, Kl. 17 a, vom 21. 4. 1923, Prior. Schweden 3. 3. 1923, ausg. 14. 3. 1925, vgl. Chem. Zentr. 1925 I 2331.) *dn.*

Paul Knür, Hamburg. Membranabdichtung für Kompressoren und ähnliche Kolbenmaschinen, bestehend in einer zwischen dem ortsfesten Zylinder und dem beweglichen Teil angeordneten, faltenlosen dehnbaren Tellermembran, 1. dad. gek., daß der dehbaren Tellermembran (g) ein zweites, ebenfalls tellerförmiges, nicht dehnbare Organ (t) von hoher Biegungsfähigkeit und hoher Zugfestigkeit vorgelagert ist, zum Zwecke, die dehbare Dichtungsmembran



bei etwa auftretendem einseitigem Druck gegen unzulässige Aufblähung zu schützen. — 2. dad. gek., daß das Stützorgan (t) derart bemessen ist, daß es in beiden Endstellungen des Kolbens sich in gestraffter Lage befindet. — (D. R. P. 412 659, Kl. 17 a, vom 8. 2. 1924, ausg. 23. 4. 1925.) *dn.*

Platen-Munters Refrigerating System Aktiebolag, Stockholm. Verfahren zur Kälteerzeugung nach dem Absorptions-Diffusionsprinzip, bei dem das Kältemittel durch indifferenten Gase, die in einem Kreislauf den Verdampfer und Absorber durchfließen, hindurchdiffundiert, dad. gek., daß der Kreislauf der indifferenten Gase ohne Zuhilfenahme mechanischer Druckerzeuger ausschließlich durch die physikalischen Einflüsse des Verdampfungs- und Absorptionsvorganges in dem Gemisch aus indifferenten Gasen und Kältemitteldämpfen hervorgerufen wird und als indifferenten Gase solche verwendet werden, deren spezifisches Gewicht erheblich verschieden ist von demjenigen der Dämpfe des Kältemittels. — 2. dad. gek., daß das indifferenten Gas leichter ist als die Dämpfe des Kältemittels. — 3. dad. gek., daß der Gasstrom den Verdampfer und den Absorber vertikal, jedoch in entgegengesetzter Richtung durchströmt. — 4. dad. gek., daß der Gasstrom den Verdampfer lotrecht nach abwärts und den Absorber lotrecht nach aufwärts durchfließt. — Die Erfindung betrifft ein Verfahren zur Kälteerzeugung nach dem Absorptions-

prinzip, bei dem das Kältemittel, z. B. Ammoniak, in einer indifferenten Gasatmosphäre im Verdampfer verdampft. Diese Gasatmosphäre soll bei den gegebenen Drücken und Temperaturen nicht kondensierbar sein und besteht beispielsweise aus Wasserstoff oder einem ähnlichen Gas oder Gasgemisch, dessen Anwesenheit es ermöglicht, im ganzen Apparat angenähert den gleichen absoluten Druck aufrechtzuerhalten. Wird nun das Kältemittel dauernd aus dem Gas-Dampf-Gemisch im Absorber absorbiert, so wird das Gas-Dampf-Gemisch im Verdampfer stets schwerer sein als im Absorber, und es wird infolgedessen eine selbstdämmende Zirkulation hervorgerufen werden, die während des gesamten Verdampfungs- und Absorptionsvorganges aufrechterhalten bleibt. Weitere Anspr. u. Zeichn. (D. R. P. 410 715, Kl. 17 a, vom 26. 9. 1922, Prior. Schweden 18. 8. 1922, ausg. 14. 3. 1925, vgl. Chem. Zentr. 1925 I 2330.) *du.*

II. Apparate.

3. Metalloidverbindungen.

Emil Pfäffner, Freiburg, Schweiz. Verfahren zur Herstellung leitender Beläge auf Isolationsschichten für Kondensatoren, insbesondere auf Blätter aus Nitrocellulose, 1. dad. gek., daß die Oberfläche der Nitrocellulose in einem alkalischen oder saurehaltigen Bade leicht verseift oder geätzt und nach Spülung durch einen chemischen Metallniederschlag mit einem leitenden Belag versehen wird. — 2. dad. gek., daß das metallbelegte Dielektrikum auf 100 bis 150° erhitzt wird. — Der Belag ist nicht nur dauernd fest, sondern auch so angebracht, daß jede Spur von Luftblasen und ebenso auch luftleere Räume zwischen Belag und Isolationsmaterial vermieden wird. Als Metallniederschlag bewährt sich insbesondere ein solcher aus Silber. (D. R. P. 394 271, Kl. 21 g, vom 6. 7. 1921, ausg. 25. 3. 1925.) *dn.*

Emil Pfäffner, Freiburg, Schweiz. Verfahren zur Herstellung leitender Beläge auf Isolationsschichten für Kondensatoren nach Patent 394 271, 1. dad. gek., daß als Isolationsschichten Blätter aus Acetylcellulose verwendet werden. — 2. gek. durch Isolationsschichten aus Xantogenaten. Gegenüber der im Hauptpatent genannten Nitrocellulose wird durch die Verwendung von Acetylcellulose der Vorteil erzielt, daß die vorhergehende Denitrierung wegfällt. D. R. P. 394 272, Kl. 21 g, Zus. z. D. R. P. 394 271, vom 3. 3. 1922, längste Dauer: 5. 7. 1939, ausg. 25. 3. 1925, vgl. vorst. Ref.) *dn.*

Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. Schuckert & Co. und Franz Petz, Nürnberg. Elektrolytische Zelle mit einem Trog aus Zement, 1. dad. gek., daß in die Trogwand zwischen Gebieten, die von benachbarten Arbeitselektroden berührt werden, wenigstens eine Metallschicht als Zwischenelektrode zwischen den Arbeitselektroden eingebettet ist. — 2. Elektrolytische Zelle, bei der zwischen die Arbeitselektroden Diaphragmen in den Trog eingesetzt sind, dad. gek., daß in die Trogwand zwischen den Gebieten, die von einer Arbeitselektrode und einem benachbarten Diaphragma berührt werden, eine als Zwischenelektrode wirkende Metallschicht eingebettet ist. — 3. dad. gek., daß die in die Trogwand eingebetteten Zwischenelektroden mit seitlich ausladenden, fest auf der Zementunterlage haftenden Köpfen versehen sind, die in ihrer Gesamtheit den größeren Teil der Innenfläche der Trogwand bedecken. — 4. dad. gek., daß als Zwischenelektroden U-Eisen mit an der Innenfläche der Trogwand liegenden Stegen und U-Eisen mit an der Außenfläche der Trogwand liegenden Stegen eingebettet sind, die mit ihren Schenkeln in den Zement der Wand hineinragen und, ohne einander metallisch zu berühren, ähnlich Kettengliedern ineinander greifen. — 5. dad. gek., daß für jede gassauscheidende Seite einer Arbeitselektrode eine besondere Gassammelglocke vorhanden ist, die in den Elektrolyten eintaucht, aber von ihrer Arbeitselektrode und zweckmäßig auch von dem Metallrahmen des zugehörigen Diaphragmas isoliert ist. — In einer elektrolytischen Zelle mit bipolar oder in Reihe geschalteten Elektroden wird die elektrische Leistung mit niedriger Stromstärke und hoher Spannung aufgenommen. Die Stromzuleitungen werden schwächer und darum billiger, und auch die elektrische Maschine wird billiger in Anschaffung und im Betrieb. Beim

Betrieb solcher nach dem Prinzip der Filterpresse gebauten Zellen ergeben sich nicht selten Störungen durch Leckwerden der Dichtungen zwischen den Elektrodenplatten; diese Bauart hat überdies den Mangel, daß zur Erneuerung eines gebrochenen Diaphragmas die Zelle auseinandergezogen werden muß. Durch die Bauart vorliegender Erfindung erhält man Zellen, die den gestellten Anforderungen an Dichtigkeit und Haltbarkeit genügen. Zeichn. (D. R. P. 410 772, Kl. 12 i, vom 4. 10. 1923, ausg. 20. 3. 1925, vgl. Chem. Zentr. 1925 I 2459.)

dn.

Société Industrielle des Procédés W. A. Loth, Paris. Einrichtung zum absoluten Ausmessen von Flüssigkeiten in Behältern, gek. durch die Vereinigung einer addierenden Anzeigevorrichtung

(g) einerseits mit einer Meßvorrichtung (e) großer Leistung, welche die in den Behälter hineingelangende Flüssigkeitsmenge bei ihrer Einführung mißt, und anderseits mit einer Meßvorrichtung (f) von vorzugsweise geringer Leistung, welche die den Behälter verlassende Flüssigkeitsmenge bei ihrem Ablassen mißt, wobei die Verbindungen zwischen der Anzeigevorrichtung und den Messern derart sind, daß ihre Anzeigen sich subtrahieren, so daß die Anzeigevorrichtung in jedem Augenblick die Flüssigkeitsmenge angibt, welche in dem zu kontrollierenden Behälter enthalten ist. — Die Erfindung betrifft eine Einrichtung zum absoluten Messen, welche also von der Masse der Flüssigkeit und seinen Höhenänderungen unabhängig ist, so daß der Meßapparat in Standardform oder als Normaltype gebaut werden kann. (D. R. P. 412 717, Kl. 42 c, vom 14. 10. 1924, ausg. 30. 4. 1925.)

dn.

Widerstand A.-G. für Elektro-Wärmetechnik, Hannover. Isolationsprüfeinrichtung an Drahtemalliermaschinen. Zum Prüfen der Isolation von Lackdrähten auf ihre Brauchbarkeit zur Verwendung für Wicklungen, elektrische Maschinen und Apparate sind schon Einrichtungen bekannt geworden, welche Löcher, die in der Lackisolation vorhanden sind, festzustellen und zu zählen ermöglichen. Erfindungsgemäß soll eine für sich angeordnete besondere Prüfeinrichtung vermieden und die Prüfung gleich an der Lackereinrichtung vorgenommen werden, wodurch Unbrauchbarwerden eines unter Umständen großen Teiles der Produktion vermieden wird. (D. R. P. 413 085, Kl. 12 e, vom 6. 7. 1924, ausg. 2. 5. 1925.)

dn.

Edmund Pirsch, Bockwa-Cainsdorf (Sa.). Elektrode für Elektrostahlschmelzöfen und ähnliche Apparate, 1. dad. gek., daß die zylindrische Außenfläche derselben schraubenförmig ausgebildet und zu ihrer Verstellung in einer in geeigneter Weise angetriebenen Mutter geführt ist. — 2. Hohlelektrode für Elektrostahlschmelzöfen und ähnliche Apparate, dad. gek., daß die innere Rohrwandung der Hohlelektrode schraubenförmig ausgebildet und zu ihrer Verstellung an einer in geeigneter Weise angetriebenen Gewindespindel aufgehängt ist. — Die vorliegende Erfindung ermöglicht es, ohne besondere Störungen während des Arbeitsganges die Elektroden entweder durch Aufsetzen von Ersatzstücken oder im Stampfverfahren zu ersetzen. Auf diese Weise werden sowohl Betriebsstörungen als auch Wärmeverluste weitgehend vermieden. Zeichn. (D. R. P. 413 455, Kl. 21 h, vom 23. 9. 1924, ausg. 19. 5. 1925.)

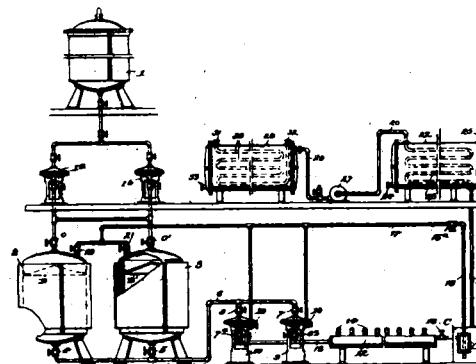
dn.

III. Spezielle chemische Technologie.

13. Farbstoffe, Textilindustrie.

Benno Borzykowski, Cleveland, Ohio (V. St. A.). Verfahren und Vorrichtung zum Entlüften von Massen, insbesondere für die Herstellung von Kunstseide, 1. dad. gek., daß man die Masse auf eine in einem luftdicht verschlossenen Behälter angeordnete stillstehende kugelartige Fläche auflaufen läßt, wobei keine mechanische Knet- oder sonstige Vorrichtungen außer der kuppelartigen Fläche vorhanden sind, und daß man die Masse während des Auflaufens auf die kuppelartige Fläche der Einwirkung des Vakuums aussetzt. — 2. dad. gek., daß man die Masse behufs Erzielung größerer Gleichmäßigkeit und Luftfreiheit mit einem

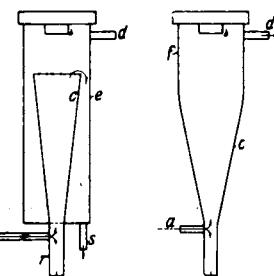
Überschuß von Lösungs- (Gelatinierungs-) Mitteln darstellt oder mit einer indifferenten, leicht flüchtigen Lösung versetzt. — 3. dad. gek., daß man die bei der Entlüftung der Masse ange- saugten Gase regeneriert. — 4. dad. gek., daß man die zu verarbeitende Masse nicht mittels Druckes, sondern mittels Vakuums in vorher evakuierte Spinn- oder Verarbeitungsgefäß zwecks Füllung einsaugt. — 5. dad. gek., daß man die Masse während des Behandelns mit Vakuum in den Verarbeitungsbehältern kühl, um eine Erwärmung oder Siedung zu vermeiden. — 6. Vorrichtung nach 1 bis 5, dad. gek., daß zwei oder mehrere Behälter (2, 3) und Filter (9, 10) angeordnet sind, die so miteinander verbunden sind, daß dieselben zusammen oder einzeln für sich entlüftet, mit Masse beschickt und entleert werden können, ohne in diesen die Masse mit Luft zu vermengen. — 7. Vorrichtung nach 6, dad. gek., daß das eine Ende einer Spinn- oder Speiseleitung mit einer Vakuumleitung (17 A), das andere Ende



mit einem Massezuleitungsrohr (13) verbunden ist. — 8. Vorrichtung nach 1 bis 5, dad. gek., daß zwischen der Spinn- oder Speiseleitung (13) einerseits und den Massebehältern (2 und 3) anderseits Feinfilter (9, 10) eingeschaltet und mit einer Vakuumleitung (15, 17, 17 A) verbunden sind. — 9. Vorrichtung nach 1 bis 5, gek. durch die Anordnung von Kühlmanteln oder Kühlspiralen um die Massebehälter (2 und 3), um eine Erwärmung oder ein Sieden der Massen beim Evakuieren zu verhindern. — Bei der Herstellung künstlicher Gebilde, z. B. Fäden oder Filme aus Cellulose und sonstigen Lösungen, ist es erforderlich, daß die Massen von jeder Spur der in Suspension befindlichen Luft befreit werden, da sonst beim Austritt der mit Luftblasen durchsetzten Masse aus den Spindüsen oder Schlitz des Gießers Fadenbrüche oder Filme mit Luftblasen entstehen. Durch das Verfahren wird die Masse innerhalb der Behälter und Spinnleitungen nicht nur völlig von Luft und unerwünschten Dämpfen in einfacher Weise befreit, sondern auch ermöglicht, den Überschuß der Lösungs- oder Gelatinierungsmittel zurückzugewinnen. (D. R. P. 411 313, Kl. 29 b, vom 10. 7. 1920, Prior. V. St. A. 13. 8. 1917, ausg. 27. 3. 1925, vgl. Chem. Zentr. 1925 I 2520.)

dn.

J. P. Bemberg, A.-G., Barmen-Rittershausen. Verfahren und Vorrichtung zum Spinnen von Kunstseide nach dem Streckspinnverfahren, 1. dad. gek., daß die Fällflüssigkeit in der Spinnvorrichtung zunächst im Gegenstrom zu den Fäden, dagegen, nachdem diese ausreichend erhärtet sind, im Gleichstrom zu den Fäden läuft. — 2. Vorrichtung zum Spinnen von Kunstseide, gek. durch eine Zuleitung (a) über dem unteren Trichterende (r) für die sich hier in zwei Ströme teilende Fällflüssigkeit und eine Ableitung (s) unten an dem den Trichter (c) einschließenden Zylinder (e). — 3. gek. durch eine Ableitung (d) oberhalb des Trichters (c). — 4. dad. gek., daß der Spinntrichter (c) oben in ein unmittelbar anschließendes zylindrisches Stück (f) übergeht und mit diesem aus einem Stück besteht. — Im unteren Teil findet der Faden keine Reibung, sondern wird durch die starke gleichlaufende Strömung gezogen, wodurch der Zug der Abwicklung unterstützt wird, so daß der Faden mit nicht zu starker Spannung aufgewickelt wird. (D. R. P. 413 790, Kl. 29 a, vom 6. 11. 1923, ausg. 15. 5. 1925.)

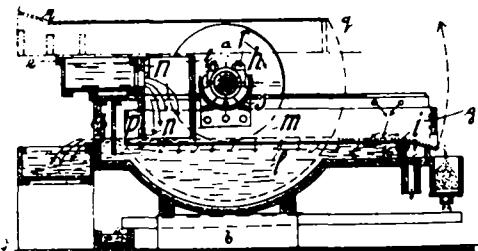


(D. R. P. 413 790, Kl. 29 a, vom 6. 11. 1923, ausg. 15. 5. 1925.) dn.

C. G. Haubold A.-G., Chemnitz (Sa.). Spinntopf anlage mit mehreren Spinntöpfen für Kunstseide mit Druckwasserantrieb, 1. dad. gek., daß Vorrichtungen zur Ablenkung des Druckwassers angeordnet sind, derart, daß die einzelnen Spinntöpfe durch Ablenkung des antreibenden Druckwasserstrahles stillgesetzt werden. — 2. dad. gek., daß die Ablenkungsvorrichtungen für den Wasserstrahl so einstellbar sind, daß der Lauf des einzelnen Spinntopfes durch den Wasserstrahl gebremst wird. — 3. dad. gek., daß zu jedem einzelnen Spinntopfe eine in den Weg des treibenden Druckwasserstrahles bringbare Ablenkshaube gehört. — Bei der Anlage fallen die Absperrhähne für die einzelnen Abzweigungen der Druckwasserleitung weg und damit die Unregelmäßigkeiten im Wasserdruck, die den Lauf der an dieselbe Leitung mit angeschalteten andern Spinntöpfen unregelmäßig machen. Weitere Anspr. u. Zeichn. (D. R. P. 413 158, Kl. 29 a, vom 14. 9. 1924, ausg. 8. 5. 1925.) *dn.*

14. Cellulose, Papier, Photographie.

Dipl.-Ing. Rudolf Pawlikowski, Görlitz. Plansichter für die Papier- und Zellstoffherstellung mit in den wässrigen Papierstoff eintauchendem Sieb, wobei das Sieb zwischen seinem frei schwingenden Einlaufende und seinem Auslaufende von einer kreisenden Schüttelwelle erfaßt wird, während das Auslaufende wagerecht oder nahezu wagerecht in der Längsrichtung hin und her schwingt, dad. gek., daß die kreisende Schüttelwelle (h) über dem Schüttelsieb (l) zwischen seinem frei schwingenden Ende (p) und seinem Auslaufende (i) angeordnet ist. — 2. dad. gek., daß die Exzenterlager (r) der kreisenden Schüttelwelle (h) in einem Tragstück (s) gefaßt sind, an dem die Sieblängsrahmen (m) unmittelbar angreifen. — 3. dad. gek., daß der zum Schüttelsieb herabgeführte Stoffzulauf- und -verteilungskasten



(n) zwischen der Schüttelwelle (h) und dem freien Siebende (p) liegt. — 4. dad. gek., daß das Tragstück (s) als muldenförmiger, gegen Verbiegungen durch die Sieblängsrahmen (m) widerstandsfähiger Hohlkörper ausgebildet ist, dessen Mulde das Schmieröl der Exzenterlager vom Papierstoff fernhält und während des Betriebes seitlich in feste Ölänger abzuleiten gestattet. — Bei dem Plansichter läuft der in Wasser schwimmende Stoff auf ein wagerechtes, ebenes Schüttelsieb, welches vom Stoffwasserspiegel stets bedeckt ist, so daß die darauf zurückgehaltenen stückigen Teile (z. B. Äste usw.) zwecks Vermeidung des Abreibens an dem Siebe gerade nur so leise mit dem Siebe in Berührung kommen, daß sie infolge der schiefl nach oben gerichteten Siebschüttelstöße nach Art der bekannten Förderrinne an das dem Stoffe inlauf entgegengesetzte Siebende selbsttätig wandern und dort entgegen einem einstellbaren Frischwasserstrom, dessen Strömung zum Zurückhalten gerade nur der feinen guten Stoffasern ausreicht, vom Schüttelsiebboden in einen Sammelbehälter fallen. (D. R. P. 395 135, Kl. 55 d, vom 27. 6. 1920, ausg. 28. 3. 1925.) *dn.*

Otto Schmidt, Zürich (Schweiz). Verfahren zur Rückgewinnung der Wärme, welche in den in Trockeneinrichtungen für Papier, Zellstoff u. dgl. sich bildenden Dampfschwaden enthalten ist, nach Pat. 401 936, wobei das Niederschlagen der Dampfschwaden an der Wärmeaustauschstelle durch Einspritzen von Wasser erfolgt, 1. dad. gek., daß im gewöhnlichen Betrieb ein Teil des Gemisches von Kondensat und Einspritzwasser zusammen mit kaltem Zusatzwasser weiter als Einspritzwasser verwendet wird, während der übrige Teil einer Verwendungsstelle für warmes Wasser zufließt. — 2. dad. gek., daß die der Verwendungsstelle für warmes Wasser zufließende Wassermenge in Abhängigkeit von der der Wärmeaustauschstelle zufließenden Dampfschwadenmenge geregelt wird. — 3. dad. gek., daß die Menge des weiter als Einspritzwasser verwendeten

Teiles des Gemisches von Kondensat und Einspritzwasser in Abhängigkeit von der der Wärmeaustauschstelle zufließenden Dampfschwadenmenge geregelt wird. — 4. dad. gek., daß die Menge des zugeführten Zusatzwassers in Abhängigkeit von dem Verbrauch an erwärmtem Wasser gebracht wird. — Zeichn. (D. R. P. 413 319, Kl. 55 d, Zus. z. D. R. P. 401 936¹), vom 11. 5. 1924, längste Dauer: 21. 1. 1924, Prior. Schweiz 1. 5. 1924, ausg. 18. 5. 1925.) *dn.*

Ernst Lage, Hamburg. Verfahren zur Herstellung von dünnen Filmen für photographische Aufnahmen, 1. dad. gek., daß die Emulsion mit Schichtträger auf einer vorläufigen Unterlage hergestellt und wieder davon abgezogen wird. — 2. dad. gek., daß der dünne Film auf eine mit geeigneter Lösung bestrichene Glasplatte aufgebracht wird, um alsdann wie eine gewöhnliche Trockenplatte weiter behandelt zu werden. — 3. dad. gek., daß durch geeignete Zusätze zum Schichtträger Lichthoffreiheit erzielt wird. — Die Erfindung vereinigt die Vorteile der dünnen Filme und diejenigen der Trockenplatten. (D. R. P. 413 608, Kl. 57 b, vom 11. 11. 1922, ausg. 13. 5. 1925.) *dn.*

Deutsche Maschinenbau- u. Vertriebs-Gesellschaft m. b. H., Berlin. Verfahren zur Herstellung von Metallpapier zum Zwecke des Flachdrucks, 1. dad. gek., daß das Blattmetall beiderseits auf chemischem Wege rauhgebeizt wird, einerseits zwecks Verbesserung seiner Eignung zum Flachdruck, anderseits zwecks Verbesserung seiner Haftung auf dem Papier. — 2. dad. gek., daß das rauhgebeizte Metallpapier auf der Papierseite mit wasserabstoßenden Stoffen behandelt wird. — 3. dad. gek., daß das rauhgebeizte Metallpapier nur an den Kanten der auf Format zugeschnittenen Folien mit wasserabstoßenden Stoffen getränkt wird. — Ein sehr brauchbares Rezept für eine solche Rauhbeizung ergibt eine Zusammenstellung von Ammoniumsulfat, Salpetersäure und Zinkweiß. Ein mit dieser Rauhbeizung behandeltes Zinkblatt erhält eine Oberfläche von stumpfem, mattsilbernem Aussehen, die für die lithographische Beschriftung und für den Druckprozeß gleich gut geeignet ist. (D. R. P. 413 844, Kl. 151, vom 26. 10. 1924, ausg. 16. 5. 1925.) *dn.*

Rundschau.

Aufruf für Bewerber um ein Stipendium aus der „van 't Hoff-Stiftung“ zur Unterstützung von Forschern auf dem Gebiete der reinen oder angewandten Chemie.

In Zusammenhang mit den Vorschriften der „van 't Hoff-Stiftung“, gegründet 28. Juni 1913, wird folgendes zur Kenntnis der Interessenten gebracht:

Die Stiftung, welche in Amsterdam ihren Sitz hat, und deren Verwaltung bei der Königlichen Akademie der Wissenschaften liegt, hat den Zweck, jedes Jahr vor dem 1. März aus den Zinsen des Kapitals an Forscher auf dem Gebiete der reinen oder angewandten Chemie Unterstützung zu gewähren. Reflektanten haben sich vor dem, dem oben erwähnten Datum vorangehenden 1. November anzumelden bei der Kommission, welche mit der Beurteilung der eingelaufenen Anfragen, sowie mit der Zuerteilung der Beträge, beauftragt ist.

Diese Kommission ist zurzeit folgendermaßen zusammengesetzt: A. F. Hollermann, Vorsitzender; F. M. Jaeger, A. Smits, J. P. Wibaut, Schriftführer. Die Kommission hat die Befugnis, noch andere Mitglieder zur Mitbeurteilung der Anfragen zu ernennen, jedesmal für höchstens ein Jahr.

Die Namen derjenigen, welchen eine Unterstützung gewährt worden ist, werden öffentlich bekanntgemacht. Die betreffenden Personen werden gebeten, einige Exemplare ihrer betreffenden Arbeiten der Kommission zuzustellen. Sie sind übrigens völlig frei in der Wahl der Form oder des Organs, worin sie die Resultate ihrer Forschungen zu veröffentlichen wünschen, wenn nur dabei mitgeteilt wird, daß die betreffenden Untersuchungen mit Unterstützung der „van 't Hoff-Stiftung“ angestellt worden sind.

Die für das Jahr 1926 verfügbaren Gelder belaufen sich auf ungefähr 1400 holl. Gulden. Bewerbungen sind, eingeschrieben per Post, mit detaillierter Angabe des Zweckes, zu welchem die

¹) Vgl. Z. ang. Ch. 37, 927 [1923].